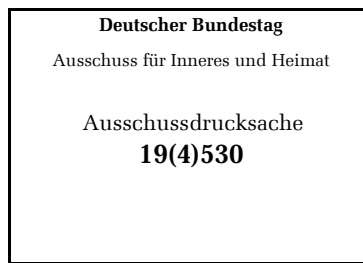


Bundesministerium des Innern,
für Bau und Heimat



Berlin, den 29. Juni 2020

Vorbericht
zur informellen Videokonferenz der EU-Innenminister
am 7. Juli 2020

Die Innenministerinnen und Innenminister der EU Mitgliedstaaten tauschen sich am 7. Juli 2020 im Rahmen einer informellen Videokonferenz erstmals unter deutschem Vorsitz aus. Das ursprünglich vorgesehene physische Treffen in Dresden kann aufgrund der aktuellen Pandemielage nicht stattfinden.

Im Rahmen des informellen Austauschs sollen zwei Themen behandelt werden: Europäische Polizeipartnerschaft und Seenotrettung.

TOP 1 Europäische Polizeipartnerschaft

Im ersten Sitzungsteil soll über die polizeiliche Zusammenarbeit in Europa beraten werden.

Für einen sicheren und freien Schengenraum ist eine effektive und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Polizeibehörden unabdingbar. Dies gilt auch und gerade in Krisenzeiten. Bei der Schaffung des Rechtsrahmens wurden in den vergangenen Jahren große Fortschritte erzielt. Jedoch werden die bestehenden Potentiale in der Praxis noch nicht vollständig genutzt.

Die Innenministerinnen und Innenminister werden daher eingeladen, zu diskutieren, wie Hemmnisse abgebaut und die Umsetzung effektiver gestaltet werden kann. Hierbei soll auch die Rolle von Europol beleuchtet werden und Möglichkeiten der Stärkung des Informationsaustauschs unter den europäischen Polizeibehörden erörtert werden. Jeder Polizistin, jedem Polizisten sollten jederzeit die Informationen aus allen Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen, die benötigt werden, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

TOP 2 Seenotrettung

Im zweiten Sitzungsteil sollen sich die Innenministerinnen und Innenminister zum Thema Seenotrettung austauschen.

Aufgrund der Gemeinsamen Absichtserklärung über ein kontrolliertes Notfallverfahren vom 23. September 2019 („Malta-Erklärung“) konnten im Bereich der Seenotrettung dank der solidarischen Beiträge zahlreicher Mitgliedstaaten und der Koordinierungsbemühungen der Europäischen Kommission sowie der Unterstützung der EU Agenturen große Fortschritte erzielt werden.

Dennoch ist die Situation im Mittelmeer weiterhin besorgniserregend. Immer noch versuchen Schleuser die Regeln der Seenotrettung für ihr skrupelloses Geschäftsmodell auszunutzen. Die Verhinderung weiterer Toter im Mittelmeer und die Beendigung des menschenverachtenden Geschäfts der Schleuser ist eine gesamteuropäische Aufgabe.

Angesichts des zu erwartenden verstärkten Migrationsgeschehens im gesamten Mittelmeerraum werden die Ministerinnen und Minister zu einem Austausch über das Thema Seenotrettung eingeladen. Dabei soll es auch darum gehen, wie Fortschritte in den Bereichen Schleuserbekämpfung, Außengrenzschutz und Rückkehr erzielt werden können.